

AUSBAU VON GANZTAGSANGEBOTEN

VORRANGIGE AUFGABE

Beschluss des Hauptvorstandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft vom 23. Juni 2001

I. Ausbau von Ganztagsangeboten¹ – vorrangige Aufgabe

Der Ausbau von Ganztagsangeboten für Kinder und Jugendliche gehört für die GEW zu den vorrangig zu lösenden Problemen.

- Das Recht von Kindern und Jugendlichen auf Bildung und Erziehung, auf anregende und herausfordernde Freizeitaktivitäten, auf soziales Lernen unter Gleichaltrigen, auf Förderung und Unterstützung,
- das Streben nach Chancengleichheit sowie
- das Recht von Eltern auf Erwerbstätigkeit,
- aber auch wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitische Interessen machen es notwendig, erhebliche Investitionen in diesen Bereich zu tätigen.

II. Überfällige öffentliche Diskussion

Die GEW begrüßt die längst überfällige öffentliche Diskussion und hofft, dass Politik und Öffentlichkeit erkennen, dass Bildung und Erziehung langfristige Prozesse sind, die einer vorausschauenden und mutigen Planung bedürfen. Die Einsicht sollte wachsen, dass die jetzt entstandene Situation nicht vom Himmel gefallen, sondern Ergebnis falscher politischer Entscheidungen ist, die viele Jahre zurückliegen. Das jahrzehntelange Festhalten an einer zutiefst konservativen Familienideologie sowie eine restriktive Finanzpolitik, die in den westlichen Bundesländern weitgehend zu Stillstand und in den östlichen Bundesländern sogar zur Schließung vorhandener Einrichtungen geführt haben, stellen jetzt alle Beteiligten vor Probleme, die im Vergleich der wichtigen Industriestaaten einmalig sein dürften: in der reichen Bundesrepublik kann der vorhandene Bedarf nach Ganztagsangeboten auch nicht annähernd gedeckt werden. Nach seriösen Schätzungen übersteigt der Bedarf das vorhandene Angebot je nach Bundesland um das mehr als Zehnfache. Für Eltern in Deutschland, betroffen sind meist die Frauen, heißt die Alternative immer noch „Kind oder Karriere“. Deutschland ist rückständig – eine andere Feststellung lässt der internationale Vergleich zumindest für diesen Bereich nicht zu.

III. Pädagogische Fragen ins Zentrum

Die GEW kritisiert die Einseitigkeit, mit der zusätzliche Ganztagsangebote in Par-

¹ Der Begriff „Ganztagsangebote“ wird als Oberbegriff für „Ganztagschulen“ und „Ganztageseinrichtungen der Jugendhilfe“ gebraucht.

teien, Wirtschaft und Öffentlichkeit begründet werden und die daraus resultierenden fragwürdigen Lösungsansätze. Im Mittelpunkt stehen nahezu ausschließlich wirtschaftliche Interessen und demografische Aspekte, die auf die Lebensentwürfe junger Frauen zielen: Angesichts von Arbeitskräftemangel und Bevölkerungsschwund soll die gut ausgebildete junge Frauengeneration einerseits dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, gleichzeitig jedoch auch für eine rentensichernde Geburtenrate sorgen. Weil moderne Frauen diese Doppelfunktion aber nur übernehmen, wenn sie ihre Kinder versorgt und beaufsichtigt wissen, konzentrieren sich die Lösungsmodelle auf den Betreuungsaspekt. Hauptsache die jungen Menschen sind weg von der Straße und es passt jemand auf sie auf. Obwohl sie eigentlich ins Zentrum der Überlegungen gehören, spielen die eigenständigen Rechte und Interessen von Kindern und Jugendlichen sowie pädagogische Fragen indessen kaum eine Rolle. Pädagogische Argumente beziehen sich bestenfalls auf die „mangelnde Erziehungskraft“ der Familien, das unbefriedigende Abschneiden bei internationalen Leistungsvergleichen sowie die hohe Schulabbrecherquote – oft verbunden mit der Vorstellung, dass allein das längere Verweilen in der Schule hier bereits Verbesserungen bewirke.

IV. Ziel der GEW: Rechtsanspruch und Ganztagschulen

a) Rechtsanspruch

Als erster wichtiger Schritt soll für schulpflichtige Kinder und Jugendliche der Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Ganztagschule oder Ganztageseinrichtung durchgesetzt werden. Der Bedarf ist regelmäßig zu ermitteln. Das Angebot soll so gestaltet sein, dass für jedes nachfragende Kind bzw. jeden nachfragenden Jugendlichen ein gut erreichbares Angebot vorhanden ist. Dazu müssen Jugendhilfeplanung und Schulentwicklungsplanung harmonisiert werden.

b) Ganztagschulen

Längerfristiges Ziel ist die ganztägig geöffnete Stadtteil- oder Nachbarschaftsschule, die von allen Kindern und Jugendlichen gemeinsam und verbindlich besucht wird. Wie in anderen europäischen Ländern sollen auch in Deutschland Ganztagschulen zur Regelform und ihr Besuch zur Normalität werden.

V. Ganztagschulen als Reformimpuls

Die GEW sieht in Ganztagschulen eine wichtige Voraussetzung für Schulreform. Die Lebenswelt der Kinder hat sich verändert, Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte müssen kooperieren, da jede Berufsgruppe für sich alleine nicht in der Lage ist, adäquat auf die veränderten Bedingungen einzugehen. Voraussetzung für die gemeinsame Arbeit sind aufeinander abgestimmte Konzepte. Sozialpädagogische und schulpädagogische Fachkräfte arbeiten hier gleichberechtigt zusammen.

Ganztägige Öffnung bedeutet nicht die Ausdehnung des Vormittagsunterrichts auf den ganzen Tag. Ganztagschulen sollen Lern- und Lebensorte sein, die den starren Vormittagsunterricht im 45 – Minuten –Takt überwinden, Lernprozesse

rhythmisieren, außerschulische Lernorte und Freizeitaktivitäten einbeziehen, alternative Lernformen wie Projektlernen und altersgemischte Lern- und Freizeitgruppen ermöglichen, selbstständige und eigenverantwortliche Lernprozesse fördern, zusätzliche Interessensgebiete erschließen sowie Stütz- und Fördermaßnahmen anbieten. Zusatzangebote von Eltern, Vereinen, Kirchen und Betrieben sind Teil des pädagogischen Konzepts. Ganztagschulen brauchen eine klare auf Integration, Chancengleichheit und Vielfalt zielende pädagogische Ausrichtung. Sie dürfen nicht zur Vertiefung von Aussonderung und zu sozialer Entmischung führen.

VI. Keine Billiglösungen

Die GEW wendet sich mit Nachdruck gegen den Versuch von Landesregierungen, den entstandenen Problemdruck mit überhasteten pädagogisch fragwürdigen Billiglösungen abzubauen zu wollen. Dabei wird in den Schulressorts oftmals übersehen, dass freie Träger der Jugendhilfe bereits pädagogisch qualifizierte Angebote für Schülerinnen und Schüler machen, die allerdings ausgebaut und mit den Schulen besser vernetzt werden müssten. Besonders kritikwürdig sind „Aufbewahrungsschulen“ ohne verbindliche Qualitätsstandards für Ausstattung, Personal und pädagogisches Konzept. Solche schulischen Billiglösungen führen mitunter zu einem Verdrängungswettbewerb, der Horte und Jugendhäuser (Schülerläden), die auf Grund guter Personalausstattung höhere Elternbeiträge erheben müssen, mit Schließung bedroht. Lieblose Aufbewahrungsangebote können der jungen Generation jedoch endgültig die Freude am Lernen und an der Schule verleiden – mit heute noch unabsehbaren kurz- und langfristigen Folgen.

VII. Langfristige Konzepte – stufenweise Umsetzung

Die GEW geht davon aus, dass mit der Forderung nach schneller Erfüllung von Maximallösungen niemandem gedient ist. Zudem vollzieht sich die Veränderung kultureller Muster und Gewohnheiten in einem langsamen Entwicklungsprozess. Die GEW schlägt deshalb Landesregierungen und Kommunen vor, in Verhandlungen über Ziele, pädagogisch tragfähige Konzepte und verbindliche Qualitätsstandards einzutreten und Vereinbarungen zur stufenweisen Umsetzung für eine vollständige Versorgung mit Ganztagsangeboten abzuschließen.

Dabei sollen folgende Eckpunkte gelten:

1. Pragmatische und flexible Zwischenlösungen

Für eine Übergangsphase akzeptiert die GEW das Prinzip der Nachfrageorientierung und Freiwilligkeit. In dieser Phase sind die Ganztagsangebote freier Träger der Jugendhilfe für die Bedarfsdeckung unverzichtbar. Die Zusammenarbeit von selbstständigen Ganztageinrichtungen der Jugendhilfe (wie Horten oder altersgemischten Kinder- und Jugendhäusern) und Schulen ist von zentraler Bedeutung und muss entsprechend entwickelt werden. Leitvorstellung sind hier kommunale Bildungszentren, die das gemeinsame Dach dieser Einrichtungen bilden. Die organisatorische

und konzeptionelle Zusammenführung von Schulen und Einrichtungen der Jugendhilfe soll angestrebt werden. Die Versorgung der jüngeren SchülerInnen ist vorrangig sicher zu stellen. Einen Vorrang für Gymnasien akzeptiert die GEW nicht.

Die GEW befürwortet die Umwandlung von integrierten Schulsystemen in Ganztagschulen. Schulen mit einem integrativen Gesamtkonzept, wie es z.B. integrierte Gesamtschulen im Ganztagsbetrieb sind, sind zu erhalten und auszubauen, auch damit sie ihre Aufgabe des konzeptionellen Vorbilds erfüllen können. Einen Abbau des Ganztagsbetriebs an Gesamtschulen wird die GEW entschieden bekämpfen.

2. *„Offene Ganztagschulen“ – ein möglicher Einstieg*

Grundsätzlich favorisiert die GEW auch in der Übergangsphase den Ausbau von „gebundenen“ Ganztagschulen, da nur sie die Voraussetzungen für eine tiefgreifende Schulreform bieten. Offene, nachfrageorientierte Ganztagschulen, an denen nur der Vormittagsunterricht verbindlich ist und der Nachmittagsbesuch freigestellt ist, sind als Übergangsstadium zur verbindlichen Ganztagschule jedoch dann geeignet, wenn sie über ein pädagogisches Konzept verfügen, das die Vormittags- und Nachmittagsaktivitäten sinnvoll miteinander verbindet und nach Möglichkeit mindestens zwei verbindliche Nachmittage in der Woche vorsieht. Von offenen Ganztagschulen können naturgemäß jedoch keine deutlichen Impulse für eine grundsätzliche Reform der Schule ausgehen.

3. *„Faktischer Ganztagsbetrieb“ – Konzepte und Verbesserungen notwendig*

In den Schulen der Sekundarstufe I und II findet aus unterrichtsorganisatorischen Gründen häufig Nachmittagsunterricht statt, ohne dass entsprechende Konsequenzen für die räumlich/bauliche Gestaltung, die Arbeitssituation der Lehrkräfte und die Ernährung aller Beteiligten gezogen würden. Es fehlen zudem sinnvolle pädagogische bzw. Freizeitangebote während der unterrichtsfreien Zeit über Mittag. Berufliche Schulen, aber auch viele Gymnasien z.B. praktizieren unter solchermaßen unzureichenden Bedingungen faktisch während der gesamten Woche Ganztagsbetrieb. Hier sind pädagogische Konzepte sowie kurzfristige Verbesserungen für LehrerInnen und SchülerInnen dringend nötig.

4. *Keine „Aufbewahrungsschulen“*

Schulen, in denen Vormittagsunterricht und stundenweise Betreuungsmaßnahmen durch andere Träger lediglich addiert werden, wie das in sog. vollständigen und verlässlichen Grundschulen häufig der Fall ist, sind oft nicht einmal als Notmaßnahmen und vorübergehend zu tolerieren. Sie müssen schnellstens weiter entwickelt werden zu offenen bzw. verbindlichen Ganztagschulen. Auf keinen Fall dürfen solche „Aufbewahrungsschulen“ zum billigen Leitmodell für ganztägige Betreuung werden. Grundsätzlich muss qualifiziertes pädagogisches Personal in regulären Arbeitsverhältnissen mit den Betreuungsaufgaben betraut werden.

5. *Gebührenfreiheit*

Der Besuch von Ganztagsangeboten muss gebührenfrei sein. Eine Gebühr für Verpflegung kann erhoben werden. Ggf. können auch regionale bzw. kommunale Jugendstiftungen gegründet werden, die zur Finanzierung beitragen.

6. *Rollenverständnis und Arbeitsbedingungen*

Die Halbtagsschultradition hat das Berufsbild der Lehrerinnen und Lehrer entscheidend geprägt und zu entsprechenden Lebensentwürfen geführt. Um Vorbehalte abzubauen, braucht die Lehrerschaft verbindliche Zusagen, dass eine längere Anwesenheit in der Schule nicht zu einer weiteren Erhöhung der Gesamtarbeitszeit und der Arbeitsbelastung führt. Eine zeitliche Ausdehnung der Präsenzzeiten darf nicht zusätzlich zu den hohen Unterrichtsverpflichtungen verordnet werden. Lehrkräfte können an dieser Entwicklungsaufgabe der Schule nur angemessen teilnehmen, wenn ihre Unterrichtsverpflichtung abgesenkt wird und mehr LehrerInnen sowie sozialpädagogische Fachkräfte eingestellt werden. Für SozialpädagogInnen muss der Arbeitsplatz Schule verlässliche Beschäftigungsverhältnisse bieten. Schul- und SozialpädagogInnen müssen in Aus- und Fortbildung systematisch auf das gemeinsame Arbeiten im Ganztagsbetrieb vorbereitet werden. Veränderte Formen des Lehrens und Lernens in Ganztageseinrichtungen, das Arbeiten in heterogenen Lerngruppen und mit alternativen Lernformen sowie die verstärkte Zusammenarbeit im Team mit anderen Professionen müssen trainiert werden. Für jede Pädagogin und jeden Pädagogen an einer Ganztagschule muss ein individueller Arbeitsplatz zur Verfügung stehen.

7. *Notwendige Investitionen*

Damit Halbtagsschulen sich zu gern besuchten Ganztagschulen weiter entwickeln können, an denen sich SchülerInnen und PädagogInnen wohl fühlen, sind zusätzliche Investitionen notwendig. Benötigt werden:

- zusätzliche Stellen für PädagogInnen,
- eine anregungsreiche räumliche Gestaltung mit Lern-, Ruhe-, Kommunikations- und Produktionsräumen,
- eine Infrastruktur, die eine hochwertige Ernährung sichert (in den Augen junger Menschen erfahrungsgemäß ein zentrales Qualitätskriterium) und nicht zuletzt
- Einzelarbeitsplätze, die sich für Beratung und Kommunikation, aber auch zur konzentrierten Eigenarbeit der PädagogInnen eignen.